

Die AfD missbraucht die Demokratie

Zur „Wieder 20 Demos gegen rechts“, FR-Region vom 16. Februar

Einigt euch, denn es geht ums Ganze

Polen bewegt sich mittlerweile „am Rande einer Staatskrise“, weil die von der PiS einmal abgewickelten demokratischen Strukturen auch nach dem Regierungswechsel mit Händen und Klauen verteidigt werden. Ausgang unbekannt. In Deutschland wird derzeit der AfD in einzelnen Regionen ein Stimmenanteil von bis zu 37 Prozent vorausgesagt. Realistischerweise darf nicht ausgeschlossen werden, dass am Ende des gerade begonnenen Jahres einige Landesregierungen von faschistisch orientierten Ministerpräsidenten geführt werden könnten. Diese werden dann alles daran setzen, die Strukturen und Personalbesetzungen entscheidend umzugestalten – siehe Polen. Das geheime Treffen eines bekannten Neofaschisten mit Führungsköpfen aus der AfD und der Werteunion gibt einen gruseligen Einblick in die Pläne, wohin die Reise nach einer Machtergreifung gehen soll.

Wie bei der Klimakrise gilt; einmal überschrittene Kippunkte lassen sich kaum mehr rückgängig machen. Will hei-

ßen: Demokrat*innen aller Parteien, einigt Euch (in diesem Punkt) – es geht ums Ganze!

Bernd Bremen, Aachen

Argumente für ein Verbot der AfD

Die Demos gegen AfD, Werte-Union, Postfaschismus, Rechtsradikalismus und -populismus einerseits und für Demokratie andererseits, so begrüßenswert und ermutigend sie auch sein mögen, werden entsprechende Umfragewerte, Wahlerfolge und die mit diesen Gruppen Sympathisierenden mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht aufhalten. Fast überall hat die AfD die Sperrminorität von fünf Prozent überschritten und Parlamentsitze ergattert, und dies auf legalem Wege, also nach Wahlrecht und Grundgesetz „demokratisch“ gewählt, ergo „legale“ Volksvertretungen mit ihren Kandidaten/Kandidatinnen proportional bestückt. Hält dieser Trend zunehmender Umfragewerte, Wahlbereitschaft und Wahlerfolge an, besteht die Gefahr einer „Machtergreifung“ bzw. „Ermächtigung“ mit dem Ziel, staatstragende und demokratisch errichtete Institutionen,

Gremien, Räte zu besetzen und ideologisch zu beeinflussen. Die AfD und Konsorten missbrauchen Demokratie, um an die Macht zu kommen und sie dann zu paralysieren – oder gar abzuschaffen?

Ein Verbot der AfD würde dies verhindern und zeitgleich deren Wählerschaft dazu zwingen, sich umzuorientieren und mangels Alternativen wieder mehr freiheitlich definierter Parteien zuzuwenden, die auf dem Boden des GG stehen. Eine solche Umorientierung der von der Realpolitik Enttäuschten, allein Gelassenen setzte allerdings einen gesellschaftspolitischen Paradigmenwechsel, ein staatspolitisch erneuertes Narrativ voraus, das uns Menschen dort abholt, wo unsere Ängste und Sorgen liegen und uns Zuversicht und ganz undystopisch Lebensfreude vermittelt – im Sinne von Ernst Bloch: „Utopische Funktion entreißt die Angelegenheit der menschlichen Kultur solchem Faulbett bloßer Kontemplation; sie öffnet sich derart, auf wirklich gewonnenen Gipfeln, die ideologisch unverstellte Aussicht auf den menschlichen Hoffnungsinhalt.“ (Das Prinzip Hoffnung, 1979)

Dieter Offermann, Darmstadt

Die Wiederkehr des Verdrängten

Gaza: „Niemand will in einem rauchenden Ruinenfeld leben“, FR-Magazin vom 19. Februar

Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden durch Nazideutschland trieb die traumatisierten Menschen nach Palästina, für die sich der Traum vom jüdischen Staat als Frage von Leben und Tod darstellte. Ohne diesen Völkermord hätte es die UN-Resolution zur Gründung der beiden Staaten Israel und Palästina so nicht gegeben. Folge war 1948 die Nakba, die Vertreibung von 750 000 Palästinenser*innen (Omri Boehm, „Israel-Eine Utopie“, 2020 e.a.). Die Palästinenser*innen zahlen bis heute den Preis für den deutschen Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden.

Wie geht Deutschland damit um? Im Namen von Auschwitz, Wiedergutmachung und aus Ei-

geninteresse erklärt es die „Sicherheit“ Israels zur „Staatsräson“. Nicht die Unantastbarkeit der Würde aller Menschen, sondern die bedingungslose Unterstützung Israels soll uns Lehre aus Auschwitz sein. Dass „Sicherheit“ auf Basis von Unterdrückung und Vertreibung unmöglich ist, wird zusammen mit der Nagba verleugnet. Was sich als deutsche Vergangenheitsbewältigung ausgibt, erweist sich im Lichte der Geschichte Palästinas als Wiederkehr des Verdrängten. Wie die Nakba, so werden auch die fürchterlichen Verbrechen übersehen, die Israel in 75-jähriger Kontinuität an den Palästinenser*innen heute begeht, mit deutscher Unterstützung. Dass die Bundesrepublik,

dem Wunsch Netanjahus entsprechend, die Bemühungen untergräbt, diesem anhaltenden tödlichen Albtraum für 2,3 Millionen Menschen in Gaza Einhalt zu gebieten, ist unverzeihlich, jenseits aller juristischen Fragen.

In einem Kommentar schreibt Gideon Levy, Mitherausgeber von Haaretz: „Schwer zu entscheiden, ob man lachen oder weinen sollte. Zum Beispiel bei dem Argument, dass allein die Hamas an den Zuständen in Gaza schuld ist.“ Wenn man das vor einer angesehenen internationalen Institution sage, stelle man die Intelligenz der Richter in Frage und beleidige sie. In Deutschland nennt man solche Beleidigungen Staatsräson. So nimmt die Barbarei kein Ende. Karl Höhn, Frankfurt

Der Gepeinigte würde vom Kreuz steigen

Hetzjagd gegen Grüne: „Hass, perfide geschürt“, FR-Meinung vom 17. Februar

Von Alice Weidel, Pädagogin am Joseph-Goebbels-Gymnasium, Stammtisch der Sozialkundelehrsatz, die politische Korrektheit gehöre auf den Müllhaufen der Geschichte. Kürzlich hat der Söder Markus bei ihr die Prüfung abgelegt, indem er (Abschnitt 1) die Lemke Steffi zur Honecker Margot verdreht hat, wo doch in Wahrheit die Schreckliche der freundlich Unangepassten, wie's in Diktaturen halt so üblich ist, trotz guter Noten den Besuch der Oberschule verwehrt hatte. Die Steffi hat dann trotz der Widerlichkeit ein Universitätsexamen

hingelegt, nachdem die DDR und die Margot Geschichte waren, dessen Glanz allerdings nicht ganz an den bayerischen Standard (Dr. Scheuer von und zu Gutenberg) heran reicht.

Nicht, dass ich die Schulbildung des Söder mit der von seinem Hund vergleichen möchte, was der Markus, um seine Note zu verbessern schon etwas hämisch, in besagter Prüfung (Abschnitt 2) mit dem Kühnert Kevin und der Lang Ricarda gemacht hat. Ich vermute aber, dass die Hundeschule zum Ziel hatte, das Tier zu einem sozial-

verträglichen Wesen zu erziehen.

Der Gekreuzigte, der ja von seinem Förderer in jede bayrische Amts- und Schulstube gehängt wurde, wär' fast von seinem Kreuz gestiegen, um sich verzweifelt im Staube zu wälzen, weil der Markus die Gemeinschaft der Gläubigen (an die Demokratie und das Gute im Menschen) so übel zu Schanden trampelt. Er konnt' aber nicht herunter, weil ihn der Markus am Mittwoch einmal mehr frisch angenagelt hatte.

Jan Prediger, Hanau-Großauheim



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: frblog.de/f20240220

FR-Blog: Abhängig

Aus der Diskussion über Russland nach dem Tod Nawalny

Größenwahnsinniger Kreml-Herrscher

Wenn Leser Josef Karl die Grünen als Kriegspartei diffamiert, steckt dahinter die inzwischen wohlbekannte Masche, den russischen Angriffskrieg und die international unterstützte Verteidigung der Ukraine undifferenziert in einen Topf zu werfen. Sollte der größenwahnsinnige Kreml-Herrscher sich künftig gemüßigt sehen, die baltischen Staaten, Finnland oder auch die BRD anzugreifen, möchte ich gewiss nicht von Herrn Karls Einschätzung der Lage abhängig sein!

Harald Nitsche, Berlin

Diskussion: frblog.de/nawalny-3

Das richtige Konzept

Klimakrise: „Auf dem Weg zum Kollaps“, FR-Tagesthema vom 16.2.

Mit Interesse verfolge ich Ihre Berichterstattung zum Klimawandel. Wie Ihr Artikel zeigt, bestehen offensichtlich große Unsicherheiten über die zu erwartenden Folgen der Klimaerwärmung. Manche Modelle zeigen eine Abkühlung, manche eine Erwärmung Mitteleuropas. Katastrophisieren verhindert eine nüchterne Analyse der Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen, um den menschengemachten Klimawandel zu mildern oder zu vermeiden. Ohne eine globale Erhöhung des CO₂-Preises wird dies kaum möglich sein. Nationale Alleingänge verbunden mit Degrowth und Deindustrialisierung führen in die Rezession und stärken die extremen Parteien. Erfolgreich wird weltweit das Konzept sein, mit dem eine prosperierende Wirtschaft gefördert wird, Arbeitsplätze erhalten und gleichzeitig die Klimaziele erreicht werden.

Thomas Winterstein, Offenbach

Sand im System

Beckenbauer: „Abschied vom Kaiser“, FR-Sport vom 20. Februar

Liebe Bayern, liebe Münchner, setzt dem Kaiser Franz ein Denkmal, benennt eine Straße nach ihm um. Warum nicht? Aber die Werner-Heisenberg-Allee? Dagegen erhebe ich Einspruch. Beschäftigt man sich mit der Geschichte Heisenbergs insbesondere in den Jahren 1933 bis 1945, so war es dieser Mann, dem wir zu verdanken haben, dass Hitlerdeutschland nicht zu Atombomben kam. Obwohl sein theoretisches und praktisches Wissen es ermöglicht hätten, streute er immer wieder Sand im zuständigen Forscherteam.

Wilhelm Pabst, Erlensee

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert moderiert die Podiumsdiskussion

„Wo brennt es? Wo wächst solidarischer Widerstand?“ mit Carla Reemtsma, „Fridays for Future“, dem Soziologen Klaus Dörre und der NGG-Gewerkschafterin Anna Langensiepen. Eintritt frei. **Samstag, 24. Februar 2024, 13 Uhr Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt**

Claus-Jürgen Göpfert präsentiert sein Buch „Wer nicht hören will, wird bestreikt!“ Mit Jürgen Hinzer, Ex-Bundesstreikbeauftragter der NGG. **Dienstag, 27. Februar 2024, 18 Uhr Münzenberg-Forum Franz-Mehring-Platz 1, Berlin**